

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 40 (1960-1961)
Heft: 9

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

KENNEDY — EINE NEUE GENERATION IN AMERIKA

John Fitzgerald Kennedy, Senator von Massachusetts, wurde am 8. November als Nachfolger Eisenhowers zum neuen Präsidenten der USA gewählt. Der Sieg des demokratischen Kandidaten über den republikanischen Vizepräsidenten Nixon war sehr knapp: der Vorsprung macht nicht einmal ein Prozent der Gesamtzahl aller Stimmen aus, und die Zahl von Kennedys Elektoren ist allmählich auf 300 zusammengeschmolzen — das absolute Mehr beträgt 269. Obwohl die Zählung noch nicht ganz abgeschlossen ist, wird nicht mit einem nachträglichen Sieg Nixons gerechnet.

Kennedy ist der zweite Sohn eines der reichsten Männer der USA, Nachkomme irischer Einwanderer, die im konservativen Boston Fuß faßten. Der Vater, für kurze Zeit F. D. Roosevelts Botschafter am Hofe von St. James, ließ jedem seiner neun Kinder eine sorgfältige Erziehung angedeihen. Nach dem Tode des Erstgeborenen wurde John für die politische Laufbahn ausersehen. Er studierte in Harvard, diente während des zweiten Weltkrieges in der Flotte und bereitete sich in Washington als Repräsentant und dann als Senator von Massachusetts auf sein Amt vor; gleichzeitig betrieb er mit Energie die Vorbereitung seiner Nomination für die Präsidentschaft. In Büchern nahm er zu politischen Fragen Stellung.

Kennedy, Jahrgang 1917, ist der jüngste gewählte Präsident Amerikas; er löst den ältesten Präsidenten im Weißen Haus ab. Die Verantwortung fällt so an eine neue Generation, die bereits in der Kampagne ihren *Dynamismus* und ihren *initiativen Geist* demonstriert hat. Kennedy führte seinen Kampf mit beispielloser Konzentration; in seiner «Erweckungskampagne der Besorgten» wies er immer wieder auf die Größe Amerikas und auf dessen Führerrolle hin. Seine Fernsehdebatten mit Nixon, ein No-

vum in der Geschichte der Präsidentschaftswahlen, halfen ihm, den Rückstand an Popularität gegenüber dem Vizepräsidenten aufzuholen. Die Wählermassen der Industriestädte des amerikanischen Ostens sahen in ihm einen Erben Franklin D. Roosevelt, einen neuen Führer der Nation nach den acht Jahren des volkstümlichen Generals, der mehr als vermittelndes, Initiativen abholdes Staatsoberhaupt gewirkt hatte. Kennedy ist der erste Präsident katholischer Konfession; ein altes, ungeschriebenes Gesetz ist damit außer Kraft gesetzt und der Grundsatz, daß jedem, ungeachtet der Rasse und Konfession, der Weg zum höchsten Amt offenstehen soll, bekräftigt worden.

Wahrung der Kontinuität

Der neue Vizepräsident, Senator *Lyndon Johnson* aus Texas, ist eine der Garantien für die Kontinuität der amerikanischen Politik. Dieser gewiegte, erfahrene Parlamentarier, der anfangs der Fünfzig steht, hat sich im Senat als Führer der Mehrheit durch seine Kunst des Vermittelns ausgewiesen. Er brachte Kennedy die Stimmen der Südstaaten. Angesichts des knappen Sieges und der *süddemokratisch-republikanischen Mehrheit* im Capitol kommt ihm eine Schlüsselstellung im politischen Betrieb von Washington zu; jeder sogenannte liberale Beschuß kann durch die konservative Majorität verhindert werden. Kennedys Erklärungen seit dem 8. November und seine ersten Maßnahmen für die Vorbereitung der Amtsübernahme am 20. Januar machen deutlich, daß der neue Präsident, der auch als Senator keinen radikalen Kurs vertrat, die großen Linien der amerikanischen Außenpolitik weiterzuführen gewillt ist, wenn auch die Akzente anders gesetzt werden. Die Befürchtungen, daß ein Klub doktrinärer, weltfremder Professoren

im Weißen Haus seßhaft werden könnte, um Experimente im Sinne des «New Deal» auszuhecken, beginnen sich zu zerstreuen; andererseits wachsen die Hoffnungen, daß nach dem langen Interregnum dieser Monate ein entschiedener Kurs der neuen Administration die große Sache der freien Welt stärken wird.

Fiebriges Zentralamerika

In der politischen Konsolidierung um das Karibische Meer stellt sich Washington eine dringliche Aufgabe. Die kubanische Revolution unter *Fidel Castro* gab Moskau die Chance, die Insel zu einem politischen Brückenkopf auszubauen. Auf dem Wege der Infiltration und Subversion werden die Staaten Lateinamerikas nun in Unsicherheit und Unrast versetzt. Mitte November versuchten Rebellenverbände in *Guatemala* und in *Nicaragua* Aufstände auszulösen. Die Invasionen und Putschversuche scheiterten. Die Administration Eisenhower gab ostentativ Hilfsversprechen an *Guatemala* und *Nicaragua* ab; eine *Demonstration der amerikanischen Flotte* unterstrich die Wachsamkeit, mit der Washington die Umtriebe der kubanischen Führer verfolgt. Bei der Popularität, die *Castro* noch immer unter den Massen Lateinamerikas und unter den Studenten und Intellektuellen dieser Länder genießt, läßt sich dem revolutionären Fieber und der Agitation Moskaus nicht so leicht beikommen.

De Gaulles Plan für Algerien

Präsident de Gaulle, der am 22. November seinen 70. Geburtstag beginnt, versucht, den Algerienkonflikt in erhöhtem Tempo einer Lösung entgegenzuführen. Die wachsende Opposition gegen seine Politik, aber auch außenpolitische Gründe zwingen ihn zur Beschleunigung. In der ersten Januarhälfte des nächsten Jahres soll in Frankreich und in Algerien ein *Plebiszit* durchgeführt werden. De Gaulle will sich damit die Zustimmung des Volkes für seinen Algerienplan einholen, der auf eine *Halbautonomie* dieses überseeischen Departements abzielt. Es geht dem Präsidenten dabei nicht, wie pessimisti-

stische Kritiker meinen, um den Ausbau seiner persönlichen Machtposition. Das geplante «Referendum» wird die Organisation der neuen Behörden in Algerien zum Gegenstand haben. Schon vorher wird wahrscheinlich die Generaldelegation in Algier aufgehoben werden. Bereits ist ein Algerienminister in Paris ernannt worden — der bisherige Erziehungsminister Louis Joxe —, der als Verbindungsmann zu einer Kollegialbehörde in Algier dienen wird.

Mit einem Plebiszit kann der Präsident den zeitraubenden Umweg über das *Parlament* vermeiden, dessen Unterstützung zunehmend ungewisser wird; die ehrgeizige Vorlage für eine französische «Force de frappe», die im Senat in erster Lesung abgelehnt wurde, hat dies bewiesen. Die *Opposition der Rechten* ist lauter geworden. Marschall *Juin* gab seiner Unzufriedenheit mit der offiziellen Algerienpolitik Ausdruck. General *Salan*, der nach Spanien gereist ist, hält Verbindungen mit Rechtsextremisten aufrecht. Inzwischen wurde der rechtsextremistische Abgeordnete *Lagaillarde* freigelassen, der zu den Hauptfiguren im «Barrikadenprozeß» über den Putsch vom letzten Januar gehört; der Anspruch auf parlamentarische Immunität bewog die Richter offenbar zu dem späten Schritt. Die Regierung ihrerseits entließ *Jacomet*, Generalsekretär der französischen Verwaltung in Algerien, der ein Gegner von de Gaulles Kurs ist, aus ihren Diensten. Neben all diesen Maßnahmen und Aktionen nimmt sich der Druck von links, wie er sich in den verschiedenen Erklärungen und Manifesten kundgibt, im Augenblick weniger gefährlich aus.

De Gaulle wird auch von außen unter zeitlichen Druck gesetzt. Die *Sowjetunion* und das *kommunistische China* haben den algerischen Nationalisten *Waffenhilfe* versprochen. Damit rückt die Gefahr näher, daß der kommunistische Block den Westmächten — als den NATO-Partnern Frankreichs — in Algerien im offenen Konflikt gegenübertritt. Außerdem steht die Behandlung der *Algerienfrage in den Vereinigten Nationen* wieder bevor. Mit dem Anwachsen des afrikanisch-asiatischen Lagers wächst auch die Möglichkeit einer Internationalisierung des Algerien-

konflikts, der nun schon über sechs Jahre dauert. Die Regierungschefs der afrikanischen Communauté-Länder führten in diesen Wochen rege Besprechungen in Tunis, Paris und Rabat. Die USA als Alliierte Frankreichs könnten dann in New York in eine schwierige Lage geraten, die sie zur Überweisung des Algerienstreits an die UN zwingen könnte — und dies trotz der Erfahrungen im Kongo.

Erfolg Kasavubus in den UN

Der zweite Krisenherd auf dem afrikanischen Kontinent beschäftigt noch immer die Generalversammlung der UN in New York und entzweit die Geister immer mehr. Präsident *Kasavubu* kämpfte dort verbissen und schließlich mit Erfolg für die Anerkennung seiner Delegation im Weltparlament. Seine Gegner lancierten Verschiebungsmanöver, indem sie geltend machten, daß das afrikanische Vermittlungskomitee der UN erst an Ort und Stelle seine Aufgabe erfüllen müsse. Die Unterstützung Abbé *Fulbert Youlou* aus Brazzaville, des Präsidenten des früheren französischen Kongo, kam Kasavubu zugute. Die übrigen afrikanischen Mitglieder der Communauté, die sich im selben Lager befinden, stehen den Delegierten Ghanas und Guineas, den getreulichen Werkzeugen der Sowjetstrategie im schwarzen Afrika, gegenüber. Die Auseinandersetzungen in New York zeigen, wie sehr der *kalte Krieg* dank östlicher Intransigenz schon auf den neuen Kontinent übergegriffen hat.

In Léopoldville verteidigt *Mobutu* unentwegt seine Autorität und die des Rats der jugendlichen Generalkommissare. Mit der Abreise des ghanesischen Geschäftsträgers *Welbeck* am 22. 11. hat er äußerlich einen Erfolg errungen; aber der Tod von *Mobutus* Stellvertreter *Mkokolo* und von tunesischen UN-Soldaten, die in einem Gefecht mit kongolesischen Truppen vor der ghanesischen Botschaft fielen, sind ein teurer Preis dafür und ein zugleich bitteres Exempel für die verworrene Lage im Kongo. *Hammarskjöld*'s Vertreter, der indische Botschafter *Dayal*, be-

treibt weiter einen neutralistischen Kurs, versucht *Mobutu* und die Generalkommissare auszuschalten, um die Rückkehr des Parlaments, das heißt aber auch des vorläufig «neutralisierten» *Lumumba* vorzubereiten. Indem *Dayal* auch die Anstellung und Rückkehr *belgischer Experten* verhindern will, die *Mobutu* in die Wege geleitet hat, schwächt er den Wiederaufbau in bedenklicher Weise; denn die UN sind nicht in der Lage, die erforderliche Zahl von Experten und Spezialisten aus anderen Ländern zu rekrutieren. In dieses düstere Bild des Kongo gehören auch die Stammeskämpfe im Katanga: junge *Baluba* verübten im Norden der Provinz Massaker gegen Angehörige anderer Stämme, begünstigt durch die allgemeine Anarchie.

Krisenherde im Fernen Osten

Die neuen Staaten des einstigen französischen Indochina werden neuen Kraftproben ausgesetzt. Am 11. 11. lösten in *Saigon* Offiziere mit Fallschirmjägereinheiten einen Putsch gegen den Präsidenten *Ngo Dinh Diem* aus. Der schlecht geplante Aufstand mißlang; aber es scheint, daß er doch den Präsidenten Vietnams zu einer Verbreiterung seiner Regierungsbasis veranlaßt. In *Laos*, wo Ministerpräsident *Souvannah Phouma* für einen neutralistischen Kurs eintritt, sind Kontakte aufgenommen worden, um die kommunistischen *Pathet-Lao*-Rebellen an der Regierung zu beteiligen. Diese Volksfront-Pläne spiegeln die kommunistische Unterwanderung des Landes, das in verschiedene, weitgehend getrennte Machtbereiche zerfällt.

Zuversichtlicher stimmt der *Sieg der Liberaldemokraten* in den japanischen Parlamentswahlen. Der Kurs des Ministerpräsidenten *Ikeda*, gegründet auf den Sicherheitsvertrag mit den USA, erfuhr damit eine indirekte Bestätigung durch die Wähler; dies kommt auch einer Konsolidierung des innenpolitischen Lebens zugute, das in den letzten Monaten zu verwildern drohte.

Picus

BERICHT AUS RUMÄNIEN

Gheorghiu-Dej am Scheitelpunkt der Macht

Apotheosen parteioffizieller Entschließungen und Grußadressen, wohlorganisierte Begeisterungsstürme und Massenszenen zu Ehren des «ZK der Rumänischen Arbeiterpartei unter der Führung des Genossen Gheorghe Gheorghiu-Dej» bekunden seit anderthalb Jahren, daß der Erste ZK-Sekretär der Rumänischen Arbeiterpartei (RAP) auf der schmalen und etwas einsamen Gipfelhöhe der Alleinherrschaft angelangt ist. Eine mehrmonatige Säuberungswelle hatte noch vor dem III. RAP-Kongreß im Juni 1960 über ein Drittel der mittleren und unteren Funktionärskader ausgewechselt. Der 59-jährige Parteichef brachte persönlich bis zu dieser eindrucksvollen Parteiparade — ohne Aufsehen, aber unmißverständlich — die letzten drei Politbüromitglieder zur Vernunft: Seinen manchmal zu schnapsehrlichen Ministerpräsidenten Chivu Stoica, den vielseitig begabten Schöpfer der Volksarmee, Armeegeneral a. D. Emil Bodnăraș, den gar zu eitlen Gewerkschaftspräsidenten Gheorghe Apostol.

Gheorghe Gheorghiu-Dej, der erfolgreichste Überdauerer unter den Satellitenführern, hat seinen Aufstieg geduldigem Zuwarten und jeweils blitzschnellen Vernichtungsschlägen gegen Nebenbuhler und gegnerische Gruppen zu danken; die Henkerstreiche gegen persönliche Machtgegner sowie Massenliquidierungen überließ er dabei vorgeschobenen Kampfgefährten der alten KP-Hierarchie. Seit einigen Jahren hält Gheorghiu-Dej die murrenden Kampfgenossen der Illegalität dadurch in Schach, daß er sich auf fachlich versierte Exbourgeois und den rasch beförderten Nachwuchs der «Jungen Garde» stützt.

Wer repräsentiert nun in den obersten Parteirängen den Typus der zweiten Führergeneration am sinnfälligsten? Das Schlußcommuniqué des sommerlichen RAP-Kongresses bestätigte Nicolae Ceaușescu als Zweiten ZK-Sekretär und berief Mihai Dalea (nach sechsjährigem Unterbruch) neuerlich

ins Parteisekretariat. Beide Endvierziger bringen ihre Erfahrung als Politkommissare der Volksarmee in die Parteiarbeit. Ceaușescu kehrte als politisch und rassisch Verfolgter nach dem 23. August 1944 mit der Roten Armee in die Heimat Rumänien zurück; 1952 wurde er zum ZK-Mitglied ernannt und zum Generalobersten befördert. Nicht minder steil verlief die Karriere von Mihai Dalea, der 1953 schon einmal als ZK-Sekretär auftrat und Chef der Politverwaltung der Volksarmee wurde. Ceaușescu und Dalea sind beide kühl berechnende Routiniers und werden beide als präsumptive «Nachfolger» des heutigen KP-Diktators in der Rumänischen Volksrepublik (RVR) genannt. Während bei Ceaușescu die blinde Ergebenheit vor dem Kreml allzu deutlich hervortritt, hat Dalea seine Zwischenzeit parteiamtlicher Ungnade als rücksichtsloser Helfershelfer der «Reinigung» in den Parteireihen seit dem Jahresende 1956 wettgemacht. Die illegalen Kämpfer der KP Rumäniens haben sich sogar als ergebene moskowitische Scherben mindestens Spurenelemente an Herz und Charakter bewahrt. Der Treibhauszucht der nachwachsenden Führungsspitze fehlen dagegen derartige Regungen vollkommen.

Bukarest und die «Friedenszone» des Balkans

Wahrscheinlich wird 1960 in die Erinnerung der Zeitgenossen als «Parteijahr der verzögerten Kongresse» eingehen. Wurde schon der vom 20. bis 25. Juni 1960 abgehaltene Parteikongreß der RAP regelwidrig in allerletzter Minute um ein halbes Jahr hinausgeschoben, so wies der IV. Landeskongreß des Rumänischen Gewerkschaftsbundes gar eine statutenmäßige Verspätung von drei Jahren und neun Monaten auf, als er vom 26. bis 29. Oktober 1960 endlich stattfand.

Immerhin können sich aber die Kommunisten der RVR nachträglich damit brüsten, daß der III. RAP-Kongreß zugleich die Gelegenheit zu einem wichtigen Rendezvous der Führungen der Sowjetsphäre sowie der

KP-Internationale schlechthin abgab. Unter dem Vorsitz von Chruschtschew fanden innerhalb von sechs Tagen allein drei Geheimkonferenzen statt. Beratungen und Resolutionen vermieden zwar krampfhaft auch die bloße Erwähnung des leidigen Zwistes Moskau-Peking. Dafür beschloß die Führerschaft des internationalen Sowjetkommunismus die endliche und endgültige Infiltrierung der störrischen Genossen Jugoslawiens und — in Anwesenheit zahlreicher lateinamerikanischer Vertreter — die beschleunigte Unterwöhlung Mittel- und Südamerikas. Die Bukarester Satrapie erhielt den Auftrag, ihre Bemühungen um die Neutralisierung Griechenlands und der Türkei mit allem Nachdruck fortzusetzen. Das dreijährige Liebeswerben der RVR um die noch so vage Zustimmung der Regierungen Athens und Ankaras zu einem Regionalpakt der Balkanmächte ist bisher ebenso unermüdlich wie erfolglos gewesen. Auch nach seiner Rückkehr von der UNO-Generalversammlung in New York wußte Gheorghiu-Dej am 2. November 1960 auf einer Großveranstaltung der rumänischen Hauptstadt bloß zu berichten:

«Für den Augenblick stehen die griechische und türkische Regierung dem Abschluß eines interbalkanischen Friedens- und Sicherheitsabkommens nicht günstig gegenüber. Wir werden jedoch um den Abschluß eines solchen Abkommens fortgesetzt bemüht sein, weil wir überzeugt sind, daß es den vitalen Interessen und dem Friedensanliegen der Völker dieses Bereichs entspricht» (Scînteia, 3. 11. 1960).

Die Skala dieser Übertölpelungsversuche reicht zum Beispiel von großzügigen Spenden der atheistischen Gewalthaber Bukarests für das rumänische Athos-Kloster über vermögensrechtliche Zusagen der RVR zugunsten griechischer Repatrianten aus Rumänien bis zu der Andeutung, die Regierung der RVR werde sogar unter Umständen in Bukarest die überwiegend von Kindern geflüchteter Markos-Rebellen besuchte Schulanstalt mit griechischer Unterrichtssprache schließen. In der RVR befassen sich anderthalb Dutzend Mitglieder eines Sonderausschusses sehr angelegentlich mit Friedenssehnsüchten Griechenlands und der Türkei. Der RVR-Sonderausschuß rekrutiert sich bloß aus zwei bis drei Politruks, daneben aber beispielsweise aus dem eleganten Atanase Joja (makedoromanischer Abkunft, Bruder eines Legionärführers), dem betagten Generalleutnant d. Res. Radu Rusescu, der — horribile dictu unter dem sowjetischen Sichelmond — noch immer beständig Monokel trägt, oder dem orthodoxen Metropoliten Iustin Moisescu, dessen Dissertation für das theologische Dekanat an der Universität Athen Anno dazumal in tadelfreiem Neugriechisch abgefaßt war.

«*Mitwohnende Nationalitäten*» und Kirche — kleingeschrieben!

Bis auf einige (par hazard) hellhörige Inturist-Touristen hat es der «kapitalistische» Westen überhaupt nicht gemerkt, daß die sogenannte bildungspolitische «asimilare» die Rumäniierung und erziehungsmäßige Einschmelzung andersnationaler Schulautonomien bezweckt. Für die demokratische Weltöffentlichkeit blieben zwei Jahre lang die zunehmende Unterdrückung jeder kirchlichen Betätigung, die Abdrosselung des geistlichen Nachwuchses ebenfalls beinahe unbekannt.

Seit dem Frühjahr 1959 haben die Schulbehörden der RVR das muttersprachliche Unterrichtswesen der «mitwohnenden Nationalitäten» radikal abgebaut. Wurden im Schuljahr 1959/60 zuerst experimentell autonome Lehrinstitute der madjarisch-szeklerischen, jüdischen, deutschen, serbischen Bevölkerungsgruppe rumänischen Anstalten des gleichen Ortes «assimiliert», das heißt eingegliedert, so setzte sich im Herbst 1960 dieser bildungspolitische Rumäniierungsprozeß verstärkt fort. Während der Zwischenkriegszeit gab es zum Beispiel zwischen dem staatsführenden Rumänenstum und der madjarisch-szeklerischen Volksgruppe (etwa 12% der Staatsbevölkerung) ebenfalls Spannungen und Unzuträglichkeiten. Diese Reibereien muten jedoch wie ein paradiesischer Zustand an, wenn man sie mit der anlaufenden «Internationalisierung» einer volksrepublikanischen Kulturpolitik vergleicht.

Planerische Grandomanie — kollektivierter Alltag

«Die im Herbst 1960 eingebrachte landwirtschaftliche Erzeugung sichert die gesamten Konsumbedürfnisse der Volkswirtschaft sowie die Aufstockung der Staatsreserven, obwohl in bestimmten Landesteilen die klimatischen Bedingungen nicht günstig waren» (Scînteia, 1. 11. 1960). Zwar muß in der RVR die unzureichende Fleischversorgung der Werktätigen nicht gerade durch eilige Zuteilungen von südamerikanischem Gefrierfleisch aufgebessert werden — wie gegenwärtig in den Viehzüchterländern Bulgarien und Ungarn. Immerhin aber zeugt der im Vergleich zum Vorjahr gesunkene Erntertrag Rumäniens nicht bloß allgemein vom Versagen kommunistischer Agrarpolitik, sondern bedeutet zugleich eine Quittung für die seit Jahresmitte 1959 «stürmisch» forcierte Zwangskollektivierung der Landwirtschaft; die Anbaufläche der RVR ist inzwischen zu 81% «sozialisiert» worden.

Der III. RAP-Kongreß des vergangenen Sommers verzögerte sich nicht zuletzt deshalb, weil das zweite Planjahr fünf (1956 bis 1960) ein so beachtliches Leistungsdefizit in ausschlaggebenden Branchen der Schwerindustrie ergab, daß die Chefplaner den vorfristigen Abbruch der Planperiode und die Ausarbeitung eines Sechsjahresplanes (1960 bis 1965) verfügten. Die Kontrollziffern des Schlußjahres 1965 bringen in den wichtigsten Positionen der Schwerindustrie, der stagnierenden Erdölausbeute, der Landwirtschaft einfach eine Neuauflage der ursprünglichen «Solls» für das Jahr 1960. Es bedarf kaum

der Erwähnung, daß bis 1965 und erst recht bis 1975 und 1980 phantastische Sozialleistungen volksdemokratischer Wohlfahrt angesetzt sind. Die letzten drei Jahre brachten allgemeine Lohnerhöhungen von insgesamt 27%, zugleich aber eine Verteuerung der Qualitätswaren. Normerhöhungen sollen nunmehr das Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und dem (nach wie vor) unzureichenden Warenangebot an Massengütern ausgleichen.

Planrückstände der Montanindustrie, industrieller Großprojekte, des Straßen- und Eisenbahnbaues, der Pipelines werden immer wieder aufgeholt, indem man Reservisten der älteren Jahrgänge aus Betrieben und Kolchoßen für ein bis drei Monate zum militärischen Arbeitsdienst einberuft. An Stelle der betrieblichen Lohnzahlung erhält der Einberufene seine Verköstigung und die Familie eine jämmerliche Unterstützung. Es läßt sich denken, wie beliebt und im Grunde volkswirtschaftlich rentabel dieses Verfahren ist. Wie bisher werden Schüler und Studenten bei der Ernteeinbringung, Aufforstung, in der Industrie als Lückenbürger eingesetzt. Unlängst hat der IV. Gewerkschaftskongreß formale Restbestände der «Betriebsdemokratie» und fachgewerkschaftlicher Mitsprache durch seine neuen Statuten abgewürgt. Es läßt sich voraussehen, daß weder dauernde Überforderung noch die völlige Mundtotmachung der Erwerbstätigen ihre Arbeitsleistung beflügeln wird, geschweige denn der Überwindung sozialer Engpässe förderlich sein kann.

EUROPÄISCHE KULTURSTIFTUNG TAGT IN KOPENHAGEN

Nachdem die Kongresse von Amsterdam (1957) und Mailand (1958), worüber wir an dieser Stelle ausführlich berichtet haben¹, Zweck und Zielsetzung der «Fondation Européenne de la Culture» vor einer breiteren Öffentlichkeit manifestiert hatten, trug die im vergangenen Jahr in Wien abgehaltene dritte Tagung bereits echten Arbeitscharakter in

der Form eines Seminars jüngerer europäischer Führungskräfte, welches eine Woche vor dem offiziellen Kongreß tagte. Das Problem der Entwicklungsländer und ihrer Wechselbeziehungen mit Europa war Gegenstand dieses Wiener Seminars. Der vierte Kongreß der Europäischen Kulturstiftung, der im Oktober 1960 in Kopenhagen abge-

halten wurde, stand im Zeichen eines europäisch-amerikanischen Erfahrungsaustausches und erörterte das Verhältnis von Kultur und Wirtschaft.

Es darf als ein recht glücklicher Gedanke der Kongreßleitung bezeichnet werden, ein solches Zwiegespräch zwischen Amerika und Europa veranstaltet zu haben, verfällt man doch leicht in den Kreisen, die die Erzielung eines europäischen Bewußtseins anstreben, in den Fehler des Liebäugelns mit der «troisième force»: statt das Verbindende zwischen Europa und Amerika das Trennende zu betonen, was notgedrungen zu einer Schwächung in unserem Kampf gegen die totalitären Mächte führt. Während das Seminar unter dem Vorsitz von Lord Rennell und unter der umsichtigen Führung der beiden Seminarleiter Professor Henri Brugmans (Brügge) und Professor Marvin Wachman (New York) stand, vermißte man dieselbe glückliche Hand bei der Wahl der Referenten. Um so erfreulicher war aber in der Diskussion die geradezu erfrischende Reaktion der Seminarteilnehmer.

Denis de Rougemont eröffnete die erste Seminarsitzung mit einem Vortrag über Kultur und Technik, der auf die These hinauslief, daß zwischen Kultur und Technik keine Gegensätzlichkeit vorliege, sondern daß diese sich gegenseitig bedingen. Technik entstehe aus den Träumen der Kulturbeflissen, während die Kultur ihrerseits erst durch die Technik ermöglicht werde, indem sie dem Menschen die Muße verschaffe, damit er sich kulturellen Dingen widmen kann.

Es zeigte sich zur Evidenz, daß ein Vertreter der Literatur und der schönen Künste ohne jegliche nationalökonomische und soziologische Schulung dem Problem nicht gerecht zu werden vermag. Gerade auf dem Gebiet der technischen Erfindungen und der wirtschaftlichen Entwicklung ist die neuere Literatur durch einige bedeutende Werke bereichert worden. Erwähnt sei hier nur John Jewkes, der sein Buch «The Sources of Invention» nicht nur der Erfindung, sondern auch dem viel langwierigeren und mühseligeren Prozeß der Entwicklung solcher Erfindungen widmet². Man hätte den Seminarteilnehmern besser dieses Buch als Diskus-

sionsgrundlage ausgehändigt, statt sie mit Bonmots und espritumrankten Gemeinplätzen abzuspeisen. Die europäischen Führungskräfte wären so in der Erkenntnis der Zusammenhänge etwas weiter gelangt als daß «technische Erfindungen den Träumen der Menschen entspringen... et que c'est du rêve de voler qu'est né l'avion». Weshalb hat das doch rechtträumerisch veranlagte Mittelalter nicht bereits das Flugzeug hervorgebracht?

Bedeutend mehr Angriffsfläche und Diskussionsstoff bot der Hauptreferent des zweiten Tages, Professor Walter Adams von der Michigan State University, der über Wirtschaftsideologie und amerikanische Politik sprach und die pragmatisch-nichtideologische Betrachtung der Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt seines Referates stellte. Adams stellt den Prototyp des amerikanischen Pragmatismus dar, jener «philosophie qui refuse de philosopher», wie sich ein Seminarteilnehmer aus Grenoble recht zutreffend ausdrückte. Er predigte das Ende der Ideologie in der Politik und gelangt damit auf dieselbe Linie wie der Kongreß für die Freiheit der Kultur vor einigen Jahren in Mailand. Bei Licht betrachtet sieht die Sache aber anders aus. Anstelle einer klaren und festgefügten Ideologie oder Doktrin beobachten wir als Grundströmung des entideologisierten Pragmatismus gewöhnlich eine Vielzahl von Ideologien, deren Wurzeln vielfach in Zeitalter zurückreichen, von denen sich diese Pragmatiker entschieden distanzieren. Wenn es auch zutrifft, daß zum Beispiel der Plattform der amerikanischen Demokratischen Partei nicht nachgesagt werden kann, sie sei sozialistisch oder gar marxistisch, so muß hiergegen betont werden, daß sich der Sozialismus angesichts der Ereignisse nach dem zweiten Weltkrieg grundlegend gewandelt hat. Nicht mehr Verstaatlichung und Nationalisierung ist heute Trumpf, sondern die Tendenz geht in der Richtung des Wohlfahrtsstaates von der Wiege bis zum Grabe, des übertriebenen Fiskalismus, des Inflationismus und der Vermachung von Wirtschaft und Gesellschaft durch das Gewerkschaftsmonopol. Der Sozialismus präsentiert sich heute in ganz neuem Gewande selbst dann, wenn er — wie in Ame-

rika durch Galbraiths Buch «Die Gesellschaft im Überfluß» — eine vollkommene Umdichtung erfahren hat.

Verdiente das Seminar, und zwar sowohl dessen umsichtige Leitung wie auch die rührigen Teilnehmer, die beste Note, so blieb der Erfolg des eigentlichen Kongresses aus, so sehr man dem Vorsitzenden, Prinz Bernhard der Niederlande, eine Wiederholung der brillanten Wiener Tagung hätte wünschen mögen. Der Kongreß wurde im Odd-Fellow Palais vom emeritierten deutschen Soziologen Professor Hans Freyer mit einem Vortrag «Die Wissenschaften des 20. Jahrhunderts und die Idee des Humanismus» eröffnet, also mit einem Thema, das sich eher für ein mehrbändiges Buch als für einen Vortrag eignet. Es war daher auch nicht überraschend, daß nach der Pause, welche der Diskussion voranging, der Drang zur Garderobe stärker war als die Bereitschaft zu einer Aussprache, so daß sich nachher überhaupt niemand zum Wort meldete. Dieser Fehlgriff der Kongreßleitung wirkte sich auch noch auf das nachmittägliche ausgezeichnete Referat des englischen Schriftstellers und Fernsehmannes Norman Collins (London) aus, der seinen Vortrag in Abwesenheit des dänischen Stammpublikums abhalten mußte. Größeres Interesse wurde tags darauf den Ausführungen des Präsidenten der Ford-Stiftung, Henry T. Heald (New York), entgegengebracht, vor allem wegen des recht aufschlußreichen und in der Öffentlichkeit wenig bekannten Zahlenmaterials, daß zum Beispiel die Ford-Stiftung von 1951—1960 81% ihrer Mittel in Höhe von 1,3 Milliarden \$ in den Vereinigten Staaten verausgabte und nur knapp 20% ins Ausland flossen. Mr. Heald gedachte in seinem Referat mit keinem Wort des von der Ford-Foundation errichteten «Fund for the Republic», der kürzlich in den Vereinigten Staaten erneut Aufsehen erregte, weil er die Arbeit eines «Historikers» finanzierte, der zum Schluß gelangte, daß die freie Welt von einer Handvoll kriegshungriger Säbelräuber regiert werde, während die Herren im Kreml allesamt friedfertige Demokraten seien. Immerhin übte Mr. Heald auch Kritik am eigenen Programm, mit dem Hinweis auf den von der Ford-Stiftung veran-

stalteten Wettbewerb für ein Opernlibretto, in welchem als Preisträger der Autor einer Oper obenaufschwang, der den Fall Sacco und Vanzetti als Text gewählt hatte, mit der zentralen Figur des amerikanischen Richters, der die beiden Italiener auf den elektrischen Stuhl brachte, als «the ugliest of all ugly Americans», damit inskünftig in sämtlichen Opernhäusern der Welt mit orchesterlicher Untermaulung in Antiamerikanismus gemacht werden kann.

Leider fand sich in der Diskussion niemand, der auf den besorgniserregenden Umstand hinwies, daß es zwar die oberste Leitung der Ford-Foundation immer gut gemeint hat, daß aber die praktische Arbeit in den unteren Chargen der Stiftung in den Händen von linksgerichteten Intellektuellen liegt, womit die Stiftung zur Schrittmacherin des Kollektivismus statt zur Trägerin einer Gesellschaft freier Menschen wird. Wie stets in solchen Fällen ist der Drang zu den Eutern dieser großen amerikanischen Milchkuh derart stark — und eine Kuh soll man bekanntlich nicht verärgern, wenn man ihre Milch will —, daß in der Diskussion nur übertriebendes Lob zu hören war und keine Stimme der Mahnung und Kritik ertönte. Kein Mensch zweifelt an dem ehrlichen Willen der Amerikaner, das Richtige zu tun, und es ist eine schöne Aufgabe gerade der Europäischen Kulturstiftung, auch mit finanziellen Mitteln einzuspringen und nicht alles dem amerikanischen Onkel zu überlassen. Erfreulich wäre es aber, wenn die Spandefreudigkeit der Europäer und der Wille zur Zusammenarbeit mit den Amerikanern noch ergänzt werden könnte durch eine sachlich gehaltene Kritik an den Stiftungsprogrammen.

Den Höhepunkt der Tagung bildete die Verleihung des Erasmus-Preises durch den Prinzen Bernhard an die beiden Maler Marc Chagall und Oscar Kokoschka — eine Veranstaltung, die durch einen fesselnden Vortrag von Sir Kenneth McKenzie Clark (London) über «Two Human Painters in the Age of Abstraction» eingeleitet wurde. Recht sympathisch berührten die aufschlußreichen selbstbiographischen Dankesworte von Chagall, und überrascht war man von der sprühenden Rede Kokoschkas über seine vor

zehn Jahren ausgeführte Deckenmalerei zur Prometheus-Sage. Kokoschkas Beherrschung des sprachlichen Ausdrucks — er hätte ebenso gut Schriftsteller werden können wie er ein berühmter Maler geworden ist — erinnerte an den Aufsatz, den er vor Jahren in den Schweizer Monatsheften veröffentlicht hatte, und in welchem er sich in meisterhafter

Weise mit dem Bildinhalt der «Alexander-schlacht» auseinandersetzte.³

Albert Hunold

¹Schweizer Monatshefte, Januar 1958 und Januar 1959. ²McMillan, London 1958.
³«Das Auge des Darius», April 1956.

INNENPOLITISCHE TAGESFRAGEN

Verbandspolitische Nichtbewährung

Der Streit um die Finanzierung des Nationalstraßenbaues ist mehr als nur eine Auseinandersetzung um einige Rappen Benzinzzollzuschlag. In ihm spiegelt sich ein Stück Verbandspolitik, wie sie nicht sein sollte, und ein Stück Staatspolitik, die sich zeigen darf. Das Thema «Staat und Verbände» taucht in den letzten Jahren immer wieder auf. Unlängst wurde es an einer Versammlung der Thurgauer Freisinnigen besprochen. Das «Redressement National» widmete ihm an einer Tagung eine einläßliche Behandlung durch Referenten aus verschiedenen Lagern. Während dort der Generalsekretär des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, Dr. *Karl Huber*, aus praktischer Erfahrung heraus darlegte, die Mitarbeit der Verbände im vorparlamentarischen gesetzgeberischen Verfahren sei nicht mehr wegzudenken und ihnen das Verdienst zuschrieb, wesentlich zu einer rationellen, wirklichkeitsnahen Gesetzgebung und einem ersten Interessenausgleich beizutragen, hat das Verhalten von Verbänden des motorisierten Straßenverkehrs, vor allem des Touringclubs der Schweiz, in der Benzinzzollfrage eine weit verbreitete Mißbilligung gefunden. Indes also offenbar das EVD die Mitarbeit der Verbände nicht missen möchte, hat der TCS eine erstaunliche Niederlage erlitten und an Ansehen eingebüßt. Seine Opposition hat bei der Vorlage über die Finanzierung der Nationalstraßen keine Spuren hin-

terlassen. Die Räte hießen die Vorlage des Bundesrates unverändert gut, obwohl niemand erwartet hatte, daß er einen Zollzuschlag von 7 Rappen vorschlagen werde. Das Stimmenverhältnis war eindeutig. Der Ständerat stimmte den 7 Rappen bei so gut wie keinen Enthaltungen oder Abwesenheiten mit 40 zu 0 Stimmen zu. Im Nationalrat wurden 140 Ja abgegeben. Nur drei Kommunisten standen auf der Gegenseite. Der Vermittlungsvorschlag einer knappen Kommissionsmehrheit, der eigentlich kein Vermittlungsvorschlag, sondern eine nur ganz leicht abgewandelte Fassung des bundesrätlichen Antrages war, unterlag mit 87 gegen 69 Stimmen. Kein Ratsmitglied hat sich für den Standpunkt des TCS eingesetzt. Man kann wohl sagen, daß noch nie ein so großer Verband in einem so breiten Feldzug eine so klare Niederlage erlitten hat. Diese Tatsache rechtfertigt den Versuch, den Ursachen nachzugehen.

Die Automobilverbände vertreten Interessen, die für die meisten ihrer Mitglieder am Rande liegen. Die Berufs- und Branchenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer betreuen Belange, die für ihre Mitglieder viel lebenswichtiger sind. Sie werden dadurch aber nicht etwa radikaler, sondern verantwortungsbewußter und wirklichkeitsnäher. Demgegenüber sind ein sehr bedeutender Teil der den Autoverbänden Angeschlossenen halbe Zwangsmitglieder. Sie haben ihren Beitritt wegen der Ausweispapiere für Aus-

landreisen und dem Versicherungsrabatt gegeben. Damit hört für sehr viele das Interesse auf. So stand einer gewaltigen Schar uninteressierter Mitglieder eine kleine Minderheit gegenüber, die sich in Vorständen und Delegiertenversammlungen betätigte, mehr oder weniger machen konnte, was sie wollte, von der Mitgliedschaft kaum kontrolliert wurde und dazu neigte, ihre Bedeutung und die Bedeutung ihrer Verbände zu überschätzen. Die hohen Einnahmen, die aus der großen Mitgliederzahl zusammenflossen, sind ja speziell dem TCS eher zum Verhängnis als zum Segen geworden.

Es war ganz unverkennbar, daß führende Vertreter der Autoverbände glaubten, vor ihnen, den Repräsentanten mitgliedreicher und finanzstarker Verbände, denen es ein Kinderspiel sein muß, die Unterschriften für ein Referendum zusammenzubringen, müßten die Politiker ohne weiteres zurückweichen. Die Referendumsdrohung kam ihnen zu leicht und zu früh von den Lippen. Damit lösten sie aber auf der andern Seite die Reaktion aus: «Jetzt erst recht nicht.» Ein an sich denkbarer Kompromiß wurde durch dieses Verhalten vermauert. Die Politiker fühlten sich durch das zu selbstbewußte Verhalten provoziert.

Die Autoverbände — insbesondere der Touringclub — begingen einen taktischen Fehler nach dem andern. Der kleine Moritz hätte noch die Zahlen der Planungskommision verwenden dürfen, niemals aber ein großer Verband, waren sie doch zu Beginn der Diskussion schon völlig überholt. Die Räte hatten ja das Netz der Nationalstraßen von 1672 auf 1851 km verlängert und einzelne Strecken in höhere Klassen aufgewertet. Berechnungen und praktische Erfahrung zeigten, daß die Planungskommision von wesentlich zu tiefen Annahmen über die Kosten ausgegangen war. So hat denn auch der Präsident der einstigen Planungskommision, Regierungsrat *Brawand*, anfangs September in einem Referat vor dem Schweizerischen Autostraßenverein unverblümt erklärt, die Anträge des Bundesrates müßten auf Grund der neuen Tatsachen gewürdigt werden, womit er in aller Form vom früheren Vorschlag seiner Kommission abrückte. Die Autover-

bände nahmen aber vom eingetretenen Wandel keine Kenntnis. So konnten sie nicht ernst genommen werden.

Ferner hat der TCS den bundesrätlichen Antrag abgelehnt, als wohl dieser, noch nicht aber seine Begründung bekannt war. Auch solches darf sich eine große Organisation nicht leisten. Das Jonglieren mit sehr hohen Schätzungen über die künftigen Benzinzoll-einnahmen trug für den TCS auch nichts ab; es war ja an den Fingern abzuzählen, daß bei entsprechend vergrößertem Bestand an Motorfahrzeugen die Durchführung des ersten Ausbauprogramms eher beschleunigt und unmittelbar von einem zweiten gefolgt sein müsse. Gerade die Wahrscheinlichkeit einer Erweiterung des Bauprogramms ließ auch das Spiel mit dem Gedanken an eine weitgehende Anleihensdeckung als verfehlt erscheinen, ganz abgesehen davon, daß das Begehr, den Autostraßenbau teilweise durch Schuldenmachen zu finanzieren, beim Volk denkbar unpopulär sein mußte.

Hatte das anfängliche Auftrumpfen mit der Verbandsmacht schon eine schlechte Stimmung geschaffen, so verspielten die Verbände die Aussicht auf einen Kompromiß endgültig, als sie sich unfähig zeigten, einen solchen zu skizzieren, mit dem sie sich abgefunden und auf ein Referendum verzichtet hätten. Wohl ließ der ACS Mitglieder der Räte wissen, daß er mit dem Antrag der Kommissionsmehrheit des Nationalrates zufrieden wäre, aber von den übrigen Verbänden, vor allem dem TCS, war keine klare Stellung erhältlich, und im übrigen hatte der Präsident seiner größten Sektion den Kampf auf jeden Fall angekündigt. Die Hoffnung, daß der neue Präsident des TCS, ein Politiker und kantonaler Regierungsmann, diesem erstens Mäßigung und zweitens Entschlußfähigkeit und Manövriertfreiheit bringen werde, erfüllte sich nicht. Der TCS schied als Verhandlungspartner aus. Ein schwerfälliger Koloß, zu Anfang der Diskussion gedankenlos auf Kraftprobe und Referendum instradiert, vermochte nicht mehr zu manövrieren und besaß keine Sprecher, die ihn hätten leiten und verpflichten können.

Die Lage ist für den TCS heute aufs höchste unersprießlich. Nur wer die Augen

willentlich verschlossen hält, kann bestreiten, daß ein Erfolg des Referendums in der Volksabstimmung den Bau der Nationalstraßen ganz wesentlich verlangsamen würde. Der Bundesrat und der willensstarke Chef des Finanzdepartementes würden eine Defizitfinanzierung ablehnen und die Ausgaben nach den Einnahmen richten, und in den Kantonen würde sich das Tempo vermindern, wenn der Bund gezwungen wäre, bei seinen Beiträgen die unterste zulässige Grenze einzuhalten. Es ist eben zu bedenken, daß die Kantone ohnehin, auch bei großzügiger Haltung des Bundes, Mühe haben werden, ihren Kostenanteil zu tragen.

Dann aber ist nicht einmal die Front der Motorisierten geschlossen. Der klügere ACS hat das Referendum mit dem starken Mehr von 146 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Die Dachorganisation, der Schweizerische Straßenverkehrsverband, hält sich nebensaum. Der Arbeiter-Touring-Bund macht auch nicht mit. Der Verband reisender Kaufleute, dessen Mitglieder zum großen Teil starke Autobenützer sind, bleibt neutral. Die Organisation der Motorlastwagenbesitzer bzw. ihr Zentralvorstand hat den Beschuß auf Unterstützung mit knappem Mehr gefaßt. An der Urabstimmung des TCS Basel beteiligten sich nicht einmal 50 Prozent der Mitglieder. Zahlreiche Automobilisten sind nicht nur passiv, sondern betrachten das Referendum als ausgesprochen verfehlt und bringen für die Haltung der oppositionellen Verbände keinerlei Verständnis auf. Bis anhin hat keine politische oder wirtschaftliche Organisation außerhalb der Verbände der Motorisierten die Unterschriftensammlung gutgeheißen. Da ferner immer noch die Mehrheit des Volkes nicht motorisiert ist, ist nach nüchterner Überlegung ein Erfolg des Referendums nur denkbar, wenn seine Urheber aus jenen Kreisen starke Unterstützung finden, von denen sie am wenigsten wünschen können: von den grundsätzlichen Gegnern eines großzügigen Straßenbaues. Diese waren in den letzten Jahren verwunderlich still. Vielleicht scheucht sie das Referendum nun auf. Ihre Zahl ist ohnehin im Wachsen begriffen, erhalten sie doch aus den Kreisen der durch konkrete Projekte (Morges!) Ver-

ärgerten Zuzug. Wem es aber um den Ausbau des Straßennetzes zu tun ist, kann die Mobilisierung gerade dieser Kreise durch das ungeschickte Referendum nicht wünschen. Wenn aber einmal die Opposition des TCS zurückgewiesen ist, wird es die positive Haltung des ACS und anderer Verbände der Motorisierten sein, die dann für den raschen Straßenbau noch «gut Wetter» zu machen vermögen.

Die heute so verfahrene Situation war, taktisch gesehen, zu Anfang für die Autoverbände nicht ungünstig. Der Bundesrat hatte es unterlassen, die Öffentlichkeit, die so lange immer nur von den seinerzeit von der Planungskommission vorgeschlagenen drei Rappen Zollzuschlag gehört hatte, psychologisch auf 7 Rappen vorzubereiten, und die Botschaft mit der Begründung der 7 Rappen erschien wegen der Ferienzeit viel später als deren Ankündigung, so daß zuerst die Gegenpropaganda das Feld beherrschte. Aber auch aus dieser günstigen Ausgangslage wußte der TCS nichts zu machen. Man ließ sich seine Haltung nicht bieten; sie provozierte eine geschlossene Abwehrfront.

Die jüngste Vergangenheit hat ein nicht theoretisches, sondern praktisches Kapitel «Staat und Verbände» geschrieben. Es zeigt, daß die Politik und die Öffentlichkeit zwischen Verbänden und Verbänden zu unterscheiden wissen. Während die Zusammenarbeit des Staates mit der Mehrzahl kleiner und großer Verbände in allen möglichen Fragen funktioniert, hat ein Verband eine eklatante Niederlage erlitten, den die Politik nach landläufiger Auffassung wegen seiner großen Mitgliederzahl, seiner Finanzkraft und seines Apparates wohl hätte fürchten können, der sich aber irrte, als er glaubte, das Gewicht der Zahl, des Apparates und des Geldes genüge. Dieses Kapitel neueste Geschichte wirkt beruhigend. Es zeigt, daß die schweizerische Politik gleichzeitig mit Verbänden zusammenzuarbeiten und andere in die Schranken zu weisen versteht, daß sie unterscheiden kann, sich zu wehren weiß und daß daher das Verhältnis Staat — Verbände ruhiger betrachtet werden darf als manche meinen.

Genehmigungspflicht für Liegenschaftenerwerb durch Ausländer?

Während der Sprecher des Bundesrates noch in der Junisession 1960 die Auffassung vertreten hatte, für unmittelbare Eingriffe des Bundes gegen den Grundstückserwerb durch Ausländer fehle die verfassungsmäßige Basis, liegt nun der Entwurf zu einem dringlichen Bundesbeschuß vor, der sich auf den Zivilrechtsartikel 64 der Verfassung stützt. Ein so radikaler und schneller Wechsel des Standortes ist selten. Es ist aber kein Zweifel, daß der Vorschlag einer verbreiteten Stimmung im Volk und den politischen Kreisen entspricht. Auch kann man schwerlich bestreiten, daß die Liegenschaftenkäufe durch Ausländer einen beunruhigenden Umfang erreicht haben, daß sie — anscheinend neuestens mit Ausnahme des Tessins — eine stark steigende Kurve zeigen, und daß es sich hier um eine Erscheinung handelt, der man nur mit Erfolg entgegentreten kann, wenn man handelt, bevor sie zu weit gediehen ist und unwiderrufliche Tatsachen geschaffen sind. So muß es jedermann, der an sich einen raschen Abbau der Mietzinskontrolle wünscht, zu denken geben, daß vor allem in Städten der Westschweiz ein nicht unwesentlicher Teil der Wohnhäuser Ausländern bzw. von Ausländern beherrschten Gesellschaften gehört, muß man doch annehmen, daß diese ihr Eigentum im Moment der Freigabe der Mieten durch maximal mögliche Mietzinsen zu nutzen versuchen werden. Auch ist die starke Steigerung der Bodenpreise zweifellos mit auf die ausländische Nachfrage zurückzuführen, die die Zahl der Käufer bei unverändert bleibendem Angebot vermehrt.

Auf der andern Seite weckt das vorgesehene rasende Tempo der Gesetzgebung große Bedenken. Die nationalrätliche Kommission dürfte an dem Tag zusammentreten, an dem die Botschaft im Bundesblatt erscheint, die Kommission des Ständerates nur eine Woche später, noch bevor der Nationalrat die Vorlage behandelt hat. Weder die Kommissionsmitglieder, noch die Mitglieder der Räte vermögen so dem Entwurf die Aufmerksamkeit und Zeit zu widmen, die er angesichts seiner Bedeutung verdienen würde. Die

Öffentlichkeit kann schon gar nicht mitkommen und mitreden. Die Abstützung auf den Zivilrechtsartikel der Bundesverfassung ist ferner höchst gewagt. Jedenfalls hat man ihn bisher nie so extensiv interpretiert. Was kann man, wenn diese Maßnahmen, dann sonst noch auf ihn stützen? Und ist es wirklich so, daß die Handels- und Gewerbefreiheit nicht eingeschränkt wird?

So, wie der Entwurf konzipiert ist, erregt er in mehr als einer Hinsicht große Bedenken. Er sieht vor, daß die Bewilligungsstellen in Gebieten, in welchen die Ausländerkäufe zugenommen haben, den Erwerb von Liegenschaften durch Ausländer im Einzelfall verweigern können und daß sie es im Falle spekulativer Absicht tun müssen. Was ist spekulativer Absicht? Gesichtspunkte, nach welchen die Bewilligungspflicht zu handhaben ist, enthält der Entwurf nicht. Sie zu entwickeln, wird Sache der kantonalen Stellen sein und ferner des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements, das Weisungen materiellen Inhalts wird erteilen können. So werden kantonale und Bundesverwaltung in einem schwer überblickbaren Verhältnis zum Gesetzgeber.

Die Frage der Rückwirkungen im Ausland wird in der Botschaft überhaupt nicht erwogen. Gewiß, es ist unerlässlich, daß inländische juristische Personen mit maßgeblicher ausländischer Beteiligung von der Bewilligungspflicht nicht ausgenommen werden können, wenn man eine solche Kontrolle schon durchführen will. Aber derartige Gebilde sind auch die vielen Tochtergesellschaften schweizerischer Unternehmungen im Ausland. Denkt je ein anderes Land an Gegenrecht, so könnte die schweizerische wirtschaftliche Tätigkeit im Ausland sehr stark beeinträchtigt werden. Man vermißt unter den juristischen Personen mit Sitz in der Schweiz, aber maßgeblicher ausländischer Beteiligung eine Unterscheidung zwischen solchen, die sich im Liegenschaftshandel oder der Kapitalanlage in Liegenschaften speziell betätigen und andern, die dies nicht tun und materiell schweizerischen Unternehmungen gleichgestellt werden sollten, wollen wir nicht schwere Schädigungen durch Gegenrecht riskieren. Und soll der

Auslandschweizer, der gern in der Schweiz für seine alten Tage ein Haus oder als sichere Anlage ein Stück Land kaufen möchte, dem Ausländer gänzlich gleichgestellt und in der Anwendungspraxis völlig dem Gutfinden der Bewilligungsstellen und Rekursinstanzen ausgeliefert sein?

Die Juristen des Justizdepartementes haben sich sichtlich alle Mühe gegeben, die schwierige Materie zu meistern, und es ist ihnen auch gelungen, einen Entwurf auszuarbeiten, der das Völkerrecht nicht verletzt. Allein die Materie ist nicht nur eine völkerrechtliche. Sie ist vielseitig und anspruchs-

voll. Das rasende Tempo der Gesetzgebung ist ihr nicht angemessen. So möchte man allermindestens eine Befristung auf höchstens fünf, statt der vorgesehenen zehn Jahre wünschen. Weit besser, auch rechtlich, wäre es aber, einen dringlichen Bundesbeschuß nur für kurze Zeit, zwei Jahre vielleicht, zu erlassen, um in dieser Zeit einen Verfassungsartikel und ein Ausführungsgesetz mit der nötigen Überlegung ausarbeiten zu können. Damit wäre nichts verpaßt, aber in rechtlicher und praktischer Hinsicht sehr viel gewonnen.

Helvetica

«Zu allen Zeiten hat der allergrößte Teil der Menschheit wirtschaften müssen, und aus dem Ertrag, den die Wirtschaft über ihre Selbsterhaltung hinaus hervorbringt, lebt die Politik und die Kultur. Je nach den Zusammenhängen und Perspektiven, in denen die Wirtschaft geschaut wird, erscheint ihr Wesen und auch ihre Würde durchaus verschieden. Wirtschaft, Politik und Kultur sind nicht getrennte Sphären, sondern Erscheinungsformen einer unauflösbarer Einheit, des menschlichen Gemeinschaftslebens.»

«Gemeinschaft ist wechselseitige Verantwortung. Je mehr aus der Freiheit der Entschluß zur Verantwortung für die andern, für die Gesamtheit erwächst, um so weniger muß der Staat mit seinem Zwang, mit der juristisch starren, schematischen Norm oder der bürokratischen Schwere, eingreifen. Gerade die freie Wirtschaft, im Bewußtsein der in ihr liegenden gewaltigen schöpferischen Kräfte, wird, was an ihr liegt, durch freie Einpassung in die Gemeinschaft ihre eigenen Grundlagen sichern und so der Gesamtheit und sich auf die Dauer am besten dienen.»

Max Huber

